

Vierteljähriger Monnomentdruck in Breslau 5 Mark, Wochen-Monnem. 50 Pf.
außerhalb pro Quartal incl. Post 6 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühr für den
Raum einer sechsheligen Petit-Zeile 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Nr. 378. Mittag-Ausgabe.

Neunundfünftigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Auflerden Körner, wen alle Post-
Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag ein, mal, Montag
wieder, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Donnerstag, den 15. August 1878.

Deutschland.

Berlin, 14. Aug. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser und König haben den ständigen Hilfsarbeiten im Auswärtigen Amt Dr. Mehl und Wiesner den Charakter als Geheimer Hofrat, und dem Geheimen Registrator Loos den Charakter als Hofrat verliehen.

Se. Majestät der König hat den feierlichen Kreis-Physikus des Landkreises Aachen, Sanitäts-Rath Dr. Ferdinand Trost zu Aachen zum Regierung- und Medicinal-Rath ernannt; sowie den Rentier von Grubitzki in Gnesen, der von der dortigen Stadtvorordneten-Versammlung getroffenen Wahl gemäß, als unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Gnesen auf die gesetzliche Amtszeit von sechs Jahren bestätigt.

Der Regierungs- und Medicinal-Rath Dr. Trost ist der königlichen Regierung zu Aachen überwiesen worden.

Berlin, 14. Aug. [Se. Majestät der Kaiser und König] begaben sich, laut Meldung des „W. T.-B.“, gestern mit der großherzoglich badischen Familie zu Wagen nach dem Klostergarten. Heute haben Se. Majestät ein Thermalwasserhandbad und ein Vollbad genommen. Das Besindn. Sr. Majestät ist gut. Während der Anwesenheit des Geheimen Ober-Medicinal-Raths Dr. von Langenbeck wurde festgestellt, daß die Cur Sr. Majestät in Teplitz zu vollenden sei.

(Reichs-Anz.)

[Der Bundesrat] trat heute zu einer Sitzung zusammen.

= Berlin, 14. August. [Sitzung des Bundesrates. — Berliner Nachwahlen. — Adressdebatte.] Der Bundesrat hielt heute Nachmittag 2 Uhr seine erste Plenarsitzung in der neuen Sesslon im Reichskanzleramt unter Vorsitz des Stellvertreters des Reichskanzlers Grafen zu Stolberg-Wernigerode. Nach den einleitenden Geschäften erfolgte Mittheilung über die Ernennung von Bevollmächtigten zum Bundesrat, die Verkündigung von Substitutionen und die Wahl des Protokollführers. An die Mittheilung über die Bildung von Ausschüssen für Landheer, Festungen und Seewesen, deren Mitglieder der Kaiser ernannt, schloß sich die Wahl der Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen, für Handel und Verkehr, für Eisenbahnen, Post und Telegraphie, für Justizwesen, für Rechnungswesen, für auswärtige Angelegenheiten und für Elsaß-Lothringen an. Es wurde beschlossen, nach dem Vorgange früherer Jahre besondere Ausschüsse für die Verfassung und für die Geschäftsbildung einzuführen und die Wahl sofort vollzogen. Sodann wurde eine Übersicht über die Ausschüsse zugeteilten Vorlagen gegeben. Nachdem hiermit die Konstituierung der Versammlung beendet war, erfolgte die formelle Einbringung des Antrages Preußens, betreffend den Entwurf eines Gesetzes gegen die gemeingeschäftlichen Bestrebungen der Socialdemokratie, dessen Inhalt bezw. Wortlaut inzwischen bekannt geworden ist. (S. unten.) Der Entwurf wurde sofort dem Justizausschuß überreichen. Dann folgten Anträge, betreffend die Erteilung der Ernährung zur strafrechtlichen Verfolgung von Beleidigungen des Bundesrates. Den Schluß machte die Vorlegung von Eingaben. — Die Bildung der Ausschüsse, wie die Wahl zu denselben haben das vorjährige Verhältniß ziemlich unverändert gelassen. Die hauptsächliche Erscheinung besteht in dem Wechsel des Vorsitzes. Seit dem Bestehen des Norddeutschen Bundes bis auf diesen Tag haben im Bundesrat den Vorsitz geführt: Der Reichskanzler Fürst Bismarck; in seiner Vertretung ständig bis zu seinem Ausscheiden der Präsident Delbrück, der Präsident Hofmann und jetzt Graf Stolberg. In Behinderungsfällen der erstmals genannten und wiederholte ein bayerischer Bevollmächtigter, bei Beratung der Justizminister, den Vorsitz geführt. — Die Beziehungen über das Socialistengesetz werden im Justizausschuß unverzüglich beginnen. Der Entwurf ist den Mitgliedern erst gestern Abend zugegangen. Die Motive sind noch nicht erschienen. Ob und inwieweit der Entwurf durch den Bundesrat abgeändert werden möchte, bleibt abzuwarten; in der vorliegenden Gestalt ist seine Annahme im Reichstage wenig wahrscheinlich, selbst wenn die Regierung sich auf einen Zuwachs von Anhängern aus dem Centrum nach dem eventuellen Friedensschluß mit der Curie Rechnung machen könnte.

— Wenn in der Presse vielfach von Bewirrungen der liberalen Fractionen der beiden Parteien in Berlin anlässlich der Nachwahlen gemeldet wird, so ist hierzu für den Augenblick wenigstens noch gar kein Anlaß vorhanden. Von Aufführung des Freiherrn von Stauffenberg in Berlin ist nicht mehr die Rede, da derselbe sich für Braunschweig entschieden hat. Es lenkt sich allerdings das Augenmerk für einen Berliner Mandat auf den in Mettmann-Kennedy unterlegenen Abg. Tschow; indessen haben zwischen den beiden Fractionen bis jetzt noch nicht einmal Versprechungen stattgefunden und es ist daher nicht zu sagen, ob und inwiefern eine Zustimmung im Stande kommen wird. — Die Angaben über eine Adressdebatte im Reichstage sind vorläufig auf Vermuthungen zurückzuführen. Eine Loyalitätsadresse wie sie unerlässlich gewesen wäre, wenn man den letzten Reichstag nach dem zweiten Attentat berufen hätte, wird heute nach der Eröffnung einer neuen Session nicht füglich erlassen sein. Man wird vielmehr zunächst die Form der Eröffnung des Reichstags abwarten, und dürfte es grade unter den obwaltenden Verhältnissen ganz besonders zu erwägen haben, ob sich der Gedenktag einer politischen Adresse empfehlen möchte. Dahin wenigstens gehen die Ansichten hiesiger Mitglieder des Reichstages.

Berlin, 14. August. [Die Breslauer Wahlen. — Allgemeine Stichwahlen.] Alle Blätter hallen wieder von Beiträgen über den unerwarteten Ausfall der Breslauer Stichwahlen, und fast in jedem kommt das Ratsnommen zu dem Schlusse, daß die Tatsat des „Neuen Wahlvereins“ die Schuld an dem Siege eines Sozialdemokraten in der schlesischen Hauptstadt trage. Ohne Zweifel auch beeinflußt durch den Cynismus, mit welchem die „Nordd. Ztg.“ und governementale Blätter in den Provinzen den Grundpredigen, es sei gar nicht wünschenswert, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten aus dem Parlamente verschwinden; je mehr wünschte die Mehrheit derselben Ausnahmegesetze bewilligen. Dass in Stettin gestern Delbrück über Schmidt gesiegt hat, wird zur Folge haben, daß diese große Stadt in der nächsten Session gar nicht vertreten ist. Delbrück hat bekanntlich in Jena angenommen, und die Nachwohl wird wahrscheinlich erst anberaumt werden, wenn der Reichstag schon wieder auseinander gegangen ist. Von dem Resultate der Stichwahlen, welche gestern in der Nähe Berlins stattfanden, ist bisher

nichts Positives bekannt. In Niederschlesien scheint der fortschrittliche Dr. Maxel über den freiconservativen Amtmann Jungk den Sieg davon getragen zu haben, trotzdem die Sozialdemokraten erklärt hatten, nicht für ihn stimmen zu wollen, dagegen ist man hier sehr besorgt wegen des Ausfalls der Wahl in Brandenburg, wo Stadtrath Hausmann dem demokratischen Landrat v. Bredow gegenüberstand.

Se. Majestät der König hat den feierlichen Kreis-Physikus des Landkreises Aachen, Sanitäts-Rath Dr. Ferdinand Trost zu Aachen zum Regierung- und Medicinal-Rath ernannt; sowie den Rentier von Grubitzki in Gnesen, der von der dortigen Stadtvorordneten-Versammlung getroffenen Wahl gemäß, als unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Gnesen auf die gesetzliche Amtszeit von sechs Jahren bestätigt.

Der Regierungs- und Medicinal-Rath Dr. Trost ist der königlichen Regierung zu Aachen überwiesen worden.

Berlin, 14. Aug. [Se. Majestät der Kaiser und König]

begaben sich, laut Meldung des „W. T.-B.“, gestern mit der groß-

herzoglich badischen Familie zu Wagen nach dem Klostergarten.

Heute haben Se. Majestät ein Thermalwasserhandbad und ein Vollbad ge-

nommen. Das Besindn. Sr. Majestät ist gut. Während der An-

wesenheit des Geheimen Ober-Medicinal-Raths Dr. von Langenbeck wurde festgestellt, daß die Cur Sr. Majestät in Teplitz zu vollenden sei.

(Reichs-Anz.)

[Der Bundesrat] trat heute zu einer Sitzung zusammen.

= Berlin, 14. August. [Sitzung des Bundesrates. —

Berliner Nachwahlen. — Adressdebatte.] Der Bundesrat

hielt heute Nachmittag 2 Uhr seine erste Plenarsitzung in der

neuen Sesslon im Reichskanzleramt unter Vorsitz des Stellvertreters

des Reichskanzlers Grafen zu Stolberg-Wernigerode. Nach den ein-

leitenden Geschäften erfolgte Mittheilung über die Ernennung von

Bevollmächtigten zum Bundesrat, die Verkündigung von Sub-

situtionen und die Wahl des Protokollführers. An die Mittheilung über

die Bildung von Ausschüssen für Landheer, Festungen und Seewesen,

deren Mitglieder der Kaiser ernannt, schloß sich die Wahl der Aus-

schüsse für Zoll- und Steuerwesen, für Handel und Verkehr, für Eisen-

bahn, Post und Telegraphie, für Justizwesen, für Rechnungswesen, für

auswärtige Angelegenheiten und für Elsaß-Lothringen an. Es

wurde beschlossen, nach dem Vorgange früherer Jahre besondere Aus-

schüsse für die Verfassung und für die Geschäftsbildung einzuführen

und die Wahl sofort vollzogen. Sodann wurde eine Übersicht über

die Ausschüsse zugeteilten Vorlagen gegeben. Nachdem hiermit

die Konstituierung der Versammlung beendet war, erfolgte die formelle

Einbringung des Antrages Preußens, betreffend den Entwurf

eines Gesetzes gegen die gemeingeschäftlichen Bestrebungen der Social-

demokratie, dessen Inhalt bezw. Wortlaut inzwischen bekannt geworden

ist. (S. unten.) Der Entwurf wurde sofort dem Justizausschuß

überreicht. Dann folgten Anträge, betreffend die Erteilung der Er-

nährung zur strafrechtlichen Verfolgung von Beleidigungen des Bundes-

rates. Den Schluß machte die Vorlegung von Eingaben. —

Für heute halten wir jedes Urtheil über den Inhalt des augen-

scheinlich mit großer Sorgfalt ausgearbeiteten Entwurfs zurück und be-

schränken uns darauf, den Entwurf selbst, unter Hervorhebung der

wichtigsten Bestimmungen durch gesperrten Satz seinem Wortlaut nach,

wie folgt, mitzuheilen; derselbe lautet:

S 1. Vereine, welche social-demokratischen, socialistischen

oder communistischen, auf Untergründung der bestehenden

Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen

dienen, sind zu verbieten. Den Vereinen gleich stehen Verbindungen

jeder Art, insbesondere genossenschaftliche Kassen.

S 2. Zuständig für das Verbot sind die Centralbehörden der

Bundesstaaten. Das Verbot ist durch den „Reichsanzeiger“ bekannt zu

machen. Dasselbe ist für das ganze Bundesgebiet wirklich und umfaßt alle

Verzweigungen des Vereins, sowie jeden vorgeblich neuen Verein, welcher

sich als der alte sich darstellt.

S 3. Auf Grund des Verbots sind die Vereinskassen, sowie alle für

Vereinszwecke bestimmte Gegenstände durch die Polizeibehörde in Beschlag

zu nehmen. — Nachdem das Verbot endgültig geworden, ist das in Be-

schlag genommene Geld, sowie der Erlös der in Beschlag genommenen Gegen-

stände der Armenkasse des Orts der Beschlagsnahme zu überweisen. — Gegen

die Anordnungen der Polizeibehörde findet nur die Beschwerde an die Auf-

sichtsbehörde statt.

S 4. Gegen das Verbot steht dem Vereinsvorstande die Be-

schwerde an das Reichsamt für Vereinswesen und Presse offen.

Dasselbe ist innerhalb einer Woche nach der Zustellung des Verbots bei der

Centralbehörde anzuheften, welche dasselbe erlassen hat. — Die Beschwerde

hat keine ausschließende Wirkung.

S 5. Das Reichsamt für Vereinswesen und Presse hat seinen

Sitz in Berlin und besteht aus Mitgliedern, welche aus der Zahl der im

Reichs- oder im Staatsdienste angestellten Personen zu berufen sind. Min-

destens 5 Mitglieder müssen etablierte Richter sein.

S 6. Der Präsident, sein Stellvertreter, sowie die übrigen Mitglieder

des Reichsamtes werden für die Zeit der Geltung dieses Gesetzes und für

die Dauer des zur Zeit ihrer Ernennung von ihnen bekleideten Reichs- oder

Staatsamtes vom Bundesrat gewählt und vom Kaiser ernannt.

S 7. Alle Behörden im Reich sind verpflichtet, auf Ersuchen des Reichs-

amtes die in ihrem Geschäftskreis fallenden Ermittlungen vorzunehmen.

S 8. Das Reichsamt entscheidet in der Bekämpfung von 5 Mitgliedern,

von denen mindestens drei zu den richterlichen Mitgliedern gehören müssen.

— Die Entscheidungen erfolgen nach freiem Ermeessen und sind end-

gültig. — Im Uebrigen bestimmt das Reichsamt seine Geschäftsordnung

selbstständig.

S 9. Versammlungen, von denen anzunehmen ist, daß sie Ver-

strebnungen der im § 1 bezeichneten Art dienen werden, sind zu verbieten.

Veranstaltungen, in welchen solche Bestrebungen zu Tage treten, sind auf-

zuhören. Den Versammlungen werden öffentliche Festlichkeiten und Aufzüge

gleichgestellt. Zuständig für das Verbot und die Auflösung ist die Polizei-

behörde. Gegen ihre Anordnung findet nur die Beschwerde an die Aufsichts-

behörde statt.

S 10. Druckschriften, welche Bestrebungen der im Paragraphen I

bezeichneten Art dienen, sind zu verbieten. Bei periodischen Druck-

schriften kann das Verbot sich auch auf das fernere Erscheinen derselben

erstrecken.

S 11. Zuständig für das Verbot ist, wenn es sich um das Verbot des

fernerer Erscheinens einer periodischen Druckschrift handelt, die Central-Be-

hörde des Bundesstaates, in welchem dieselbe erscheint, in den übrigen

Fällen die Landespolizeibehörde. Das Verbot der fernerer Verbreitung

einer im Auslande erscheinenden periodischen Druckschrift steht dem

Reichskanzler zu. — Das Verbot ist in allen Fällen durch den „Reichs-An-

zeiger“ bekannt zu machen. Wer denselben mit Kennt

heit als eine wirtschaftlich durchgreifende Maßregel. Gleichwohl erkennen die Republikaner im Allgemeinen die gute Absicht Dufaure's an, urso Dufaure entgeht der Unannehmlichkeit, nach beiden Seiten zu zeich zu verstoßen und von allen Parteien zugleich gelobt zu werden, wie ihm das mehr als einmal geschehen. — Es fehlt unausgesetzt an politischen Neuigkeiten. Das reactionäre Comité für die Senatswahlen versammelt sich, wie man sagt, heute, um die letzte Hand an sein Manifest zu legen. Dieser Wahlauftruf wird also vielleicht morgen zur Offenlichkeit gelangen und ohne Zweifel wird er in dieser sozialen Zeit viel diskutiert werden. Mit der Propaganda des „Paris Journal“ für die Präsidentschaft des Herzogs von Aumale ist es schon wieder aus. Dieser ballon d'essai ist schnell geplatzt. Die Orleanisten selber sind sehr ärgerlich über das indirekte Auftreten des „Paris Journal“ und einer von ihnen soll gesagt haben: „das fehlt noch; binnen acht Tagen werden wir alle Welt gegen uns haben.“

Das Lamartinesfest in Mâcon (18. August) kündigt sich nicht eben günstig an. Wir haben schon gemeldet, daß die Minister de Marcere und Bardoux die ihnen gewordene Einladung abgelehnt haben. Viele der angesehenen Mitglieder der republikanischen Partei haben sich ebenfalls entschuldigt. Es liegt darin etwas Auffälliges und die Gegner der Republik verschämt natürlich nicht zu sagen, daß die Männer der heutigen Mehrheit nicht nach Mâcon gehen, weil ihnen Lamartine als ein zu gemäßigter Republikaner erscheint. Dergleichen ist von de Marcere und Bardoux schwerlich vorauszusezen. Möglich wäre es, daß hier der Feste und Festreden, die in diesem Sommer so üppig gefeiert werden, allmählig müde werden und daß sie die Ruhe suchen, umso mehr, als der Monat September eine neue Auslage offizieller Festlichkeiten bringen wird. — Der Streit der Droshkenfuscher geht zu Ende. In der gestrigen Versammlung im Cirque Fernando ist Uneinigkeit unter den Streitenden ausgebrochen. Nach längeren, ziemlich stürmischem Debatten beschloß die Mehrheit, von den früheren Forderungen abzustehen und der Compagnie générale neue Vorschläge zu machen, die von großer Nachgiebigkeit zeugen. So namentlich der Vorschlag, die sogenannte Moyenne zu unterdrücken und alle Kutscher à la feuille, gegen festen Lohn arbeiten zu lassen. Die Minderheit verließ darauf den Saal. Die Delegirten der Mehrheit werden heute Abend eine Besprechung mit Herrn Dixio, dem Präsidenten der Compagnie, haben. Inzwischen haben die meisten Kutscher (etwa zwei Drittel) heute früh ihren Rutschbock wieder bestiegen. — Der deutsche Botschafter, Fürst Hohenlohe, ist gestern wieder in Paris eingetroffen. Der Marschall Mac Mahon hat sich gestern abermals nach Trouville begeben. — François Thiers trifft sehr umfassende Vorbereitungen zu dem Todienamt für ihren Gatten, das am 3. September in der Notre Dame mit ungewöhnlichem Pompa gefeiert werden soll. Die Mitglieder verschiedener Pariser Gesangvereine, 900 Sänger, studieren bereits eine Messe ein, welche bei dieser Gelegenheit gesungen werden soll. — Der Besuch der Ausstellung bleibt immer auf derselben Höhe. Gestern, Sonntag, belief sich die Zahl der Besucher auf 102,948, darunter 90,659 zahlende.

○ Paris, 13. Aug. [Das Manifest der Conservativen. — Königin Christine. — Zur Kunst.] Der „Moniteur“ gibt im Vorab den Inhalt des Manifestes, welches heute den Blättern der Rechten von dem reactionären Wahlcomite zugesandt werden soll. Das Manifest stellt sich darnach in 3 Hauptpunkte. Das Comite hebt zunächst die Notwendigkeit hervor, im Senat eine conservative Mehrheit beizubehalten. Die Rolle der oberen Kammer ist eine Rolle der Mäßigung. Der Senat muß in den Staatsangelegenheiten eine wachsame Kontrolle üben; er ist berufen, durch seine Erfahrung die Ausschreitung einer Kammer zu verhindern, welche sich durch Ihren Wunsch nach Neuerungen und Reformen oft zu Unklugheiten hinreißen läßt. Die Aufgabe des Senats wird nie so schwierig, daß Vorhandensein einer Widerstandsmehrheit in seinem Schoße wird nie so nötig gewesen sein, als während der bevorstehenden Session. Schon heute läßt es sich voraussehen, daß auf der Tribüne inhaltschwere Fragen zur Besprechung kommen werden, welche die Magistratur, die Armee, die Religion direkt angehen. Die unaufhörlichen Angriffe der republikanischen Journale, ihre Drohungen und ihre Un-

geduld lassen voraussehen, daß die Mehrheit der Deputirtenkammer binnen Kurzem mit den Prinzipien in Widerstreit gerathen wird, auf welchen die Erhaltung der Gesellschaft beruht. Die obere Kammer, dieser „große Rath der französischen Gemeinden“, bedarf also einer Kraft, welche entschlossen ist, sich den von abenteuerlichen Journale geforderten gefährlichen Neuerungen zu widersezzen. In dieses Aufsehen neuer Ideen muß der Senat den kalten Wassertröpfchen der Überlegung und der Logik werfen. Deshalb fordert das Comite die Senatswähler auf, das Mandat der ausscheidenden Senatorn zu erneuern und durch neue Wahlen die Mehrheit der oberen Kammer zu verstärken, welche nicht eine Mehrheit des Widerstandes gegen die verständigen Reformen ist, sondern eine Mehrheit für die Erhaltung der großen gesellschaftlichen Einrichtungen. Zweitens erklärt das Centralcomite der Rechten, daß es keinen Druck auf die Wahlen und Wähler ausüben, sondern nur die nötigen Fonds sammeln und den Localcomite's pecuniäre Unterstützung leisten will. Die größte Freiheit der Initiative soll diesen Comites gelassen werden, jedoch spricht das Central-Comite den Wunsch aus, daß alle ausscheidenden Senatorn der Rechten wieder auf die Candidatenliste gestellt werden mögen. Endlich bezeichnet die Note den Namen des Generalsecretärs des Comite's, eines ehemaligen Präfector-Generalsecretärs, der wegen seiner reactionären Gesinnung von der jetzigen Regierung abgesetzt worden ist. Soweit die Note. Wie man sieht, hätten sich die Verfasser derselben wohl, ihre wahren Absichten kundzugeben. Wenn man es nicht wüßte, würde man schwerlich erahnen, daß diese Conservativen es weniger auf die Erhaltung der „gesellschaftlichen Prinzipien“, als auf den Umsatz der bestehenden Regierungsform abgesehen haben. Sie sagen nichts von einem etwaigen Wechsel der Staatsform und sie ihm nicht, als hätten sie es eilig, mit der Republik ein Ende zu machen. Aber die Wähler werden sich schwerlich irre führen lassen. — Die Königin Christine, Mutter der Königin Isabella, die sich trotz ihres bedenklichen Zustandes nach Havre hat bringen lassen, ist in Folge dieser Reise so schwer erkrankt, daß man ihr bereits die Sterbesacramente gereicht hat. Darauf scheint jedoch eine leichte Besserung in ihrem Zustande eingetreten zu sein. Die Königin Isabella ist seit gestern bei ihrer Mutter. — Offenbachs Orpheus in der Unterwelt, der jetzt wieder in den Gaité gegeben wird, macht, wie es scheint, noch glänzende Geschäfte, obgleich er in Paris bei seiner 906. Aufführung angelangt ist.

Belgie.

Brüssel, 11. Aug. [Die Deputirtenkammer] steht seit vergangem Donnerstag inmitten der Debatte über die von der Regierung beantragten Maßregeln zur Verwollständigung des Gesetzes gegen die Wahlumtriebe. Nicht ohne Spannung, schreibt man der „N.“, wurde diesen Verhandlungen auf beiden Seiten des Hauses entgegengesehen. Mußte doch der vorherrschend fiscaleische Charakter der Regierungsanträge nothwendig zur Folge haben, daß dem Finanzminister Graux dabei der Löwenanteil zufallen würde. Nun war demselben zwar der Ruf eines der tüchtigsten Rechtsanwälte Brüssels vorangegangen, seine finanzielle und wirtschaftliche befähigung hatte aber noch nie zu Tage treten können. Andererseits aber gehörte der Cabinechef und Minister des Auswärtigen Frère-Orban bekanntlich zu den hervorragendsten wirtschaftlichen Kapazitäten des Landes. Die Rechte hoffte irgend einen ministeriellen Statthalter, wie sie solche früher in den Herren Delcourt, Jack, Wasseige oder Moncheur hatte, zu hören zu bekommen, während die Linke sich mit der Aussicht zu trösten schien, daß, falls es auch der gegnerischen Partei gelingen sollte, den Finanzminister mittels ihrer Unterbrechungen in Bewirrung zu setzen, Herr Frère wenigstens da sein würde, um seinem jungen Collegen die hilfreiche Hand zu bieten. Wie wurden aber Freunde und Gegner getäuscht. Herr Malou, der bisherige Cabinechef und Finanzminister, hatte kaum seine Rede zur Bekämpfung der Regierungsanträge beendet, als Herr Graux sich erhob, um auf dieselbe zu erwidern und zugleich die Regierungsvorschläge ausführlich zu rechtfertigen. Graux wandte sich unmittelbar gegen den Führer der Opposition. Nicht ohne Furcht, begann er ungefähr seine Rede, betrat ich diese Räume; wußte ich doch, daß ich dort einen scharfsinnigen Gegner, besonders ausgeprägt zeigt.

Noch zweier Bilder muß ich gedenken, die einen freieren Anlaß nehmen, sich von dem herkömmlichen trennen, und von denen das Eine namentlich: „Londoner Arme, die Deffnung des Nachtales erwartend“ von Bilden, einen beinahe dramatisch zu nennenden Eindruck macht; das Andere: „Versammlung der Invaliden im Militär-Hospital zu Chelsea“ von Herkomer, ist ebenso gut in der Wiedergabe des Ausdrucks der verschiedenen Gesichter und ganz vorzüglich in der Darstellung des mit den sitzenden Invaliden vollgepröpften Gewölbes. Was auf dem Bilden'schen Bilde besonders hervorragt, ist der charakteristische, den Londoner Straßen allein eigenhümliche Lustigkeit, in dem sich Nebel und Rauch zu einem abscheulichen Gemengsel vereinigen; man glaubt an sich selbst die feuchte Kälte zu spüren, die Einem an solchen Novemberabenden bis ins Mark dringt. Und die hier Wartenden können sich nicht bei dem Gedanken an einen heißen Thee mit herstärkenden Zutaten am traulichen Kamine erwärmen, — die Front des grauen Gebäudes, das seine Pforten bald aufstehen wird, um ihnen wenigstens Schutz und Decke für die eine Nacht zu gewähren, ist so kahl und kalt wie das Wetter, wie die ostentiale, innerlich widerwillige Milbtheit selbst. Auf dem Bilde ist Alles photographisch treu wiedergegeben, — das Haus und die Straße, die Luft und das Wetter, und auch die armen Frieren, — neben dem zerlumpten, ruhig an der Wand lehnenden Strolche der herabgelommene Handwerker, bei dem grauen Spitzbuben das jugendlich sorglose Laster, neben der im Straßenschmuse verkommenen, alten Megare das junge Weib, das in unbeschreibbarer Angst sein Kind an sich drückt und dessen Neuhörer darthut, daß es vor ganz kurzer Zeit noch bessere Tage gesehen haben müsse. Was das Bild auszeichnet, ist eben diese naturnahe, durchaus ungeschminkte Wiedergabe einer Scene, wie man sie an jedem Winterabende vor den Thoren

Herrn Malou, antreffen würde. Selidem ich ihn aber gehört, fühle ich mich beruhigt. Darauf wandte sich der Minister gegen seinen Vorgänger, um dann die Regierungsanträge sehr ausführlich zu erörtern und die dagegen clericalerseits erhobenen Einwendungen zu entkräften. Mit seltener Sachkenntnis entledigte er sich dieser Aufgabe. Die Unterbrechungen der Gegner fehlten zwar auch diesmal nicht, doch Graux antwortete mit solcher Schlagfertigkeit, daß die Rechte es schließlich für ratsam hielt, sich ruhig zu verhalten. Selten hatte ein Maiden-speech einen ähnlichen Erfolg, wie das des Finanzministers.

Provinzial-Beitung.

— Breslau, 15. August. [Unzulässigkeit der Vertretung des Landrats bei Leitung der Wahlen in Städte-Wahlbezirken.] Bevor Breslau die Erwahl eines Kreislags-Abgeordneten in einem Städte-Wahlbezirk des Kreises O. ernannte der Landrat den Bürgermeister zum Wahlcommissarius, unter dessen Leitung die Wahl auch stattfand. Dieselbe wurde jedoch vom Kreistage für ungültig erklärt, weil gemäß § 104 der Kreisordnung der Landrat selbst die Wahl hätte leiten sollen und nicht beauftragt gewesen sei, einen anderen Wahlvorsteher zu ernennen. Gegen diesen Beschuß klagte der Kreisrichter K., welcher aus der Wahl als Abgeordneter hervorgegangen war, und das Bezirks-Verwaltungsgericht erkannte seinem Antrage entsprechend, indem es die Wahl für gültig erklärte. In den Gründen der Entscheidung wurde ausgeführt, daß der Landrat nach dem § 104 der Kreisordnung die Leitung der Wahl allerdings nicht dem Bürgermeister habe überlassen dürfen. Gleichwohl sei der Wahlact gemäß der §§ 41 und 43 Tit. 13 Th. II A. L. R. nicht ungültig, da der Bürgermeister an sich zur Verantwortung der ihm übertragenen Amtshandlung qualifiziert gewesen sei. — Auf eingegangene Berufung hat jedoch das Ober-Verwaltungsgericht unter Abänderung dieser Entscheidung die Wahl des Klägers für ungültig erklärt. Der genannte Gerichtshof trat dem Vorberichter darin bei, daß die Vertretung des Landrats durch einen von ihm dazu bestellten Bürgermeister weder nach den Vorschriften der Kreisordnung noch nach dem § 2 des demselben beigegebenen Wahlreglements für zulässig zu erachten sei, weil, wie speziell nachgewiesen wurde, die ohnehin bestehende Substitution begrundet dem Landrat für die Leitung der Wahlen in den kombinierten Städte-Wahlbezirken und in dem Wahlverbande der Großgrundbesitzer ausdrücklich verboten bleibt sollte. Wenn dem gegenüber der Vorberichter den Wahlact gleichwohl für gültig erklärt habe, weil der Bürgermeister an sich zur Leitung der Wahl qualifiziert gewesen sei, so liege darin eine unrichtige Anwendung des § 43 Tit. I. Th. II Allg. L. R. auf den vorliegenden Fall. Es könne nicht anerkannt werden, daß zur Vornahme einer Amtshandlung, welche das Gesetz dem Landrat als solchen überträgt, ein Bürgermeister gleich qualifiziert sei, denn eben dadurch, daß, wie nachgewiesen worden, das Gesetz für den fraglichen Act lediglich den zuständigen Landrat beruft, schließe es die Befähigung eines Anderen, welcher nicht Landrat des Kreises ist oder nicht durch die bestehende Bevölkerungsorganisation zur Vertretung des Landrats als solchen in Behinderungsfällen berufen ist, zur Vornahme derselben Amtshandlung aus, möge auch im Übrigen dieser Anderer die persönliche Befähigung zur Erlangung des Amtes eines Landrats oder zu dessen Stellvertretung haben; die vom Gesetz bewohne Befähigung zur Qualifikation beruhe nicht in den Eigenschaften der Person, sondern in denen des Amtes. Mit Rücksicht hierauf erscheine es auch unzulässig, die Qualifikation des Bürgermeisters, wie der Vorberichter wollte, aus dem Absatz 1 des § 104 der Kreisordnung heruleiten; denn der hier vorgebrachte Fall sei von dem der Absätze 2 und 3 verschieden und gerade bezüglich der Qualifikation des Wahlvorstehers vom Gesetzgeber verschieden geregelt worden.

— [Hinsichtlich des Klageschreits auf Zurücknahme einer Erfindungspatente.] Seitens des wirklichen Erfinders gegen denselben, der das Patent nach widerrichtlicher Aneignung des Gegenstandes erlangt hat, erhalten wir nachstehende Mitteilung. Dem Ingenieur W. war im Jahre 1877 ein Erfindungspatent ertheilt worden. Mittelst Klage beantragte der Ingenieur K. die Aufhebung dieses Patents, weil er allein der Erfinder des patentirten Modells sei. Verklagter dieselbe nur gelegentlich lernen gelernt, die ihm vertraulich mitgeteilten Zeichnungen unter Missbrauch des Vertrauens copirt, sobald aber auf Grund der Copien, sich als den Erfinder ausgebend, das Patent erlöschen habe. Nachdem der Verklagte die Behauptungen bestritten hatte, erkannte das Ober-Verwaltungsgericht auf Weisung des Erfinders auf die Klage. In Beziehung auf Erfindungspatente, so wurde in den Gründen der Entscheidung ausgeführt, habe das Ober-Verwaltungsgericht nach dem Zuständigkeitsgesetze vom 26. Juli 1876 nur in solchen Streitfällen zu entscheiden, welche entweder die Belehrtheit der durch ein Patent erlangten Rechte oder die Zurücknahme von Patenten gemäß Nr. VI. der Ueberleinfunft der zum Zoll- und Handelsvereine verbundenen Regierungen wegen Erteilung von Erfindungspatenten und Privilegien vom 21. September 1842 betreffen. Der erste Fall liege hier nicht vor. Nur die Antwort in Bezug genommene Nr. VI. der Ueberleinfunft vom 21. September 1842 bestimme aber in Bezug der zur Zuständigkeit des Ober-Verwaltungsgerichts

eines Londoner Asyls beobachtet, — und es ist wahrlich nicht leicht, diesen Ton und diese Stimmung so genau zu treffen.

Die im Ganzen mehr schroffe und scharfe Behandlung, die bei der Delmalerei notwendig ein Nachtheil ist, wird zum Vorzuge bei den Arbeiten in Kreide und Aquarell, die denn auch in der englischen Abteilung nicht nur zahlreich, sondern gleichzeitig vorzüglich vertreten und wirklich sehnswert sind. Den leck und genital hingeworfenen Aquarellen Menzel's in der deutschen Abteilung, und den mit äußerster Sorgfalt und Feinheit ausgeführten Passini's in der österreichischen, reihen sich die scharf und klar, wie plastisch hervortretenden Zeichnungen einer ganzen Anzahl von englischen Meistern ebenbürtig, wenn auch ganz anders gearbeitet, an. Da ist namentlich eine: „Sie kommen, sie kommen“, ganz entschieden die Perle aller. Es ist der Derbytag, der Tag, an welchem jeder Vollblut-Engländer nur noch an Vollblut-Pferde denkt; vor uns sehen wir die Barrièren, welche den Rennplatz von den Zuschauern trennt und hinter ihr das unbeschreibliche Gedränge der viertausendfüßigen Menge, die sich die Hände ausreicht, um die nun bald ans Ziel gelangenden (auf dem Bilde nicht erscheinenden) Renner zu sehen. Die zehn bis fünfzehn Personen starken Gruppen, welche je eine Droshje als Tribüne benutzen, die festgekleideten Männer, Weiber und Kinder aller Stände und Altersklassen, die sämlich ein und denselben Zielen zustreben und auf deren Gesichtern sich die höchste Spannung und Erregung auspricht, — Wetttende, die man auf den ersten Blick erkennt, und die sich selbst dann noch durchdrängen, wo man das Eintreiben einer Stecknadel für unmöglich halten sollte, — Strahlenjungen, die die Beine und Schultern ihrer Mitmenschen für ebenso gute Turngeräthschaften ansehen, wie die Bäume nebenan, — da ist jeder Kopf und jede Linie ein originalles Prachtstück, trop der Wiederholung ein und desselben Empfindens auf Tausenden von Gesichtern! Das ist ein Leben und Treiben an der Barre, wie es eben nur am Derbytag in England möglich ist, und auch die so vollendete Darstellung dieses Lebens und Treibens in solch kräftigen, einfachen Strichen würde, glaube ich, einem Anderen als einem Engländer schwer gelingen.

Es wird gut studirt und ehlich gearbeitet in den englischen Ateliers, daran kann kein Zweifel auftreten. Man merkt die Einwirkung fast aller anderen kunsttreibenden Nationen, aus deren Geschäft sich die Engländer eine Art von nationaler Schule zusammen gesetzt haben, die ihr eigenes, unverkennbares Gepräge trägt; daß sich hierbei auch eine gewisse Familiärbüchigkeit der einzelnen Bestrebungen innerhalb dieser Schule einschleichen müsste, ist selbsterklärend, und genau aus derselben Quelle stammt wohl auch die mehr formelle Behandlung aller Vorwürfe, die sich nur schüchtern über eine gewisse, allmälig gebildete Grenze hinauswagt. Wie aber ein derartiges Umherstreifen in dem Kunstgebiete anderer Nationen bei eigener Kunstslosigkeit führen kann, das zeigt die amerikanische Ausstellung.

Dr. Wilhelm Löwenthal.

Pariser Weltausstellungsbriefe.

Eine ganz eigenhümliche, echt charakteristisch nationale Lust weht in den fünf Sälen, welche die englische Kunst eingenommen hat. Praktisch und „stylish“, das sind die zwei hervorragendsten Eigenschaften alles dessen, daß man hier zu sehen bekommt; und ebensowenig man eine ganz entsprechende Überzeugung des Wortes „stylish“ liefern kann, ebensowenig gelänge es Anderen als den Söhnen des edlen Albions, eine dem Wesen dieses Wortes so nahe kommende Kunstsammlung zusammenzustellen. Das rein praktische spricht sich nicht nur in den Teppichen und Bänken, in den Barrieren und Gummi-Fußreinigern, in den jedem Bilde angehefteten Läufchen mit Namen des Malers und Sujet des Bildes aus, die das zeitraubende Nachsuchen in den übrigens sehr spät erschienenen Katalogen unnötig machen, sondern auch in so manchem und manchem der Kunstwerke selbst, Gemälde wie Bildhauerwerk, das dadurch einen eminent nüchternen Anstrich erhält. Man befindet sich in guter, ja in bester Gesellschaft, das sieht und fühlt man, aber darüber hinaus kommt man auch nicht; und ist man einige Zeit in den Sälen umhergewandelt, dann blickt man unwillkürlich auf seine Handschuhe, ob die auch recht falten- und tadellos seien, und sucht nach einem Spiegel, um Haare und Cravatte derselben Inspection zu unterwerfen. Es geht Einem fast wie in einer englischer Damengesellschaft, — nichts, absolut nichts, das den ethischen oder ästhetischen Sinn auch nur im Geringsten verletzen könnte, vornehme Gelassenheit und vollendetste Beherrschung der Formen allerorten, aber auch nichts, das Einem bis ins innerste Herz ergreifen, Einem an die Seele geben könnte. Nur waltet bei der lebendigen Gesellschaft der Unterschied ob, daß man hinter der gesellschaftlich kühlen Form doch oft genug einen hellen Schimmer wie von einer vorbeischleifenden Flamme zu entdecken vermag, während hier Alles kahl und vornehm bleibt, man mag zuschauen, so lange man will; in besonders hohem Grade gilt dies für die — zahlreich genug vertretenen, fast ein halbes Jahrhundert umfassenden — Sculpturen, die das Steinerne ihres Daseins auch nicht in einem einzigen Zuge verlängnen oder selbst nur für einen Augenblick vergessen machen können.

Wie im Leben der Engländer, so nimmt auch in ihrer Kunstausstellung die Landschaft, der Zahl nach wenigstens, den ersten Platz ein. Hochromantische, wildzerklüftete Bergpartien in Schottland von Millais, saftige Wiesen von Cooper waren hierbei besonders zu nennen; ein in der Beleuchtung und dem ganzen Lustone vorzüglich gelungenes Bild ist die „Sonnabend-Nacht“ im Osten London's von Bernard.

Die beiden meistgenannten Maler Englands, Sir Edwin Landseer und Alma-Tadema, sind besonders reichhaltig vertreten, Ersterer mit sechs und Letzterer gar mit elf Bildern, von denen ein guter Theil auch auf den jüngsten Berliner Herbstausstellungen anwesend war. Das eigenartigste Gemälde Landseer's ist: „Die Kenner“, — der Maler selbst nämlich, oder vielmehr nur dessen Brustbild, flankiert von zwei

